

sammenhang setzte Gans unter dem Eindruck der Julirevolution auf eine Annäherung zwischen Preußen und Frankreich sowohl in wissenschaftlicher als auch in politischer Hinsicht. In beiden Ländern sollten die Entwicklungen aber bald in ganz andere Bahnen laufen.

Das Ziel des Bandes, der auch einen Beitrag zu den polnischen Schülern von Gans (*Marek N. Jakubowski*) enthält, war es, Leben und Werk von Eduard Gans im wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Kontext der Zeit zu untersuchen und einen Beitrag zu der noch keineswegs vollständig erforschten *intellectual history* in der Epoche zwischen Revolution, Restauration und Vormärz zu leisten. Auch wenn man die Beschäftigung mit Eduard Gans noch um den einen oder anderen Aspekt erweitern könnte, so wird der vorliegende Band dem selbst gesetzten Anspruch auf überzeugende Weise gerecht.

*Hans-Werner Hahn*

**Andreas Rödder: Die radikale Herausforderung. Die politische Kultur der englischen Konservativen zwischen ländlicher Tradition und industrieller Moderne (1846–1868) (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, 52), R. Oldenbourg Verlag, München 2002, 574 S.**

Im Jahr 1846 verweigerte die Mehrheit der Konservativen ihrem Premierminister Peel bei der Abschaffung der Getreidezölle die Gefolgschaft, da sie die Grundlagen der von ihnen bevorzugten ländlich-agrarischen, aristokratisch geprägten Gesellschaftsordnung bedroht sahen. Zwanzig Jahre später setzte eben diese Gruppierung eine Reform

durch, die das Wahlrecht klar zugunsten der neuen industriell geprägten Städte ausweitete und weit über die Forderungen der Liberalen hinausging. Wie lässt sich dieser Wandel erklären? Mit dieser Frage beschäftigt sich Andreas Rödder in seiner Habilitationsschrift, die er 2001 an der Fakultät für Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Stuttgart einreichte. Rödder zweifelt eine allein das machtpolitische Denken der zentralen Figur Benjamin Disraeli betonende Erklärung an und versucht statt dessen, eine Begründung über die Erforschung der politischen Kultur der Tories in der Mitte des 19. Jh.s zu finden.

Zu diesem Zweck orientiert sich Rödder an drei Leitfragen: Die erste betrifft die Inhalte des politischen Denkens der englischen Konservativen, ihre politische „Deutungskultur“ (Rohe). Speziell ist also nach Dingen wie dem Menschenbild, Gesellschaftsbild, Selbstverständnis und der Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen, oder auch der Beurteilung der Industrialisierung gefragt. Die zweite Leitfrage thematisiert, wie diese Denkmuster das politische Handeln tatsächlich bestimmten. Dafür wurden vierzehn Fallstudien im Zeitraum von der Parteispaltung 1846 bis zur Wahlrechtsreform 1867 ausgewählt, darunter die Debatten um das Fallenlassen der Forderung nach Schutzzöllen im Jahr 1852 oder auch die Reaktionen auf den Cobden-Vertrag von 1860. Die dritte Frage schließlich möchte die spezifische Entwicklungsrichtung der Konservativen nach der Parteispaltung erforschen. Knüpften sie letztendlich doch an die Politik Peels an, oder schlugen sie eine tory-konservative Richtung ein, die das

Ziel einer *Tory Democracy* verfolgte? Rödder selbst verweist auf zwei weitere Fragen, nämlich auf die nach der englischen Besonderheit sowie auf die Frage nach möglichen Rückschlüssen auf den Konservatismus allgemein, muß diese jedoch aus Mangel an Vergleichsmaterial unbeantwortet lassen.

Rödder stützt seine Analyse auf eine breite personelle und inhaltliche Grundlage. Der Schwerpunkt liegt deutlich auf den „Conservatives with a capital „C““, also auf konservativen Parlamentariern im Unter- sowie im Oberhaus. Dabei werden aber – anders als oft üblich – nicht nur die Parteieliten, sondern auch die *backbenchers* berücksichtigt (auch wenn später deutlich wird, daß deren Bedeutung für die Entwicklungsrichtung der Partei doch eher gering war). Als Quellen dienen Reden, Wahladressen und Beiträge in konservativen Periodika ebenso wie Selbstzeugnisse, Briefe und ausgewählte Akten. Diese große Bandbreite an Material stellt sicherlich einen der großen Vorzüge dieser Arbeit dar. Eine weitere Stärke ist die im allgemeinen sehr gute Lesbarkeit der insgesamt neun Kapitel. Nur gelegentlich erschweren allzu verschachtelte Satzkonstruktionen sowie die teilweise äußerst ausführlichen Anmerkungen und die übermäßige Verwendung von direkten Zitaten die Lektüre.

Die wichtigsten inhaltlichen Ergebnisse sollen im Folgenden kurz dargestellt werden. Das konservative Denken gründete sich Rödders Erkenntnissen zufolge auf einem Menschenbild, das die Unvollkommenheit des Menschen betonte. Damit wurde die Notwendigkeit einer Ordnung begründet. Diese Ordnung war gleichzeitig Voraussetzung als auch „Garant einer

Freiheit, die nicht autonom und egalitär, sondern kontextuell, qualifiziert und konkret verstanden wurde“ (488). Weiterhin wurde das konservative Denken von der Sichtweise bestimmt, daß es galt, Bewährtes weiterzuentwickeln. Ganz im Sinne von Edmund Burke wurde Wandel als organische Entfaltung gesehen, Reformen sollten eine evolutionäre Anpassung bewirken. Die Tories setzten also ganz auf einen utilitaristischen Pragmatismus, der die Bedeutung von Empirie, *common sense* und Tradition betonte und sich klar gegen die abstrakt argumentierenden „Theoretiker“ wandte.

Rödder stellt dar, daß auf diesem Gebiet des Menschenbildes und bei der Argumentationsstruktur die Ansichten der Konservativen denen der Radikalen diametral entgegengesetzt waren. Tatsächlich stellt ein „anti-radikaler Radikal-Konservatismus“ (502) für ihn den Kern des englischen Konservatismus in der Mitte des 19. Jh.s dar. Dies äußerte sich in den Einstellungen der Konservativen auf verschiedenen Gebieten: Auf der Ebene der Wirtschaft und Gesellschaft wandten sie sich zumindest zu Beginn des betrachteten Zeitraums eindeutig gegen die *middle classes*; das aufstrebende städtisch-industriekapitalistische Wirtschaftsbürgertum wurde als Inbegriff der Bedrohung der zum Idealbild stilisierten *societas civilis* betrachtet. Dieses Konzept beschreibt eine ländlich-agrarisch geprägte, ungleich und hierarchisch strukturierte Gesellschaft, die auf Grundeigentum gegründet ist, aristokratisch geführt wird, die auf eine paternalistische Weise den Gemeinwohl verpflichtet ist und daher sozialmoralisch qualifiziert und utilitaristisch legitimiert ist, und die schließlich keine Trennung einer staat-

lichen und einer gesellschaftlichen Sphäre vorsieht, jedoch die lokale Selbstverwaltung und die Zurückhaltung des Staates fordert. Auf dem verfassungspolitischen Feld galt die „Demokratie“ im Sinne einer Herrschaft der *middle classes*, unterstützt von den *working classes*, als Feindbild, da sie nach konservativem Denken letztendlich die *territorial constitution* aushebeln und schließlich Oberhaus und Monarchie abschaffen würde. Auf dem Gebiet von Religion und Kirche definierten sich die Konservativen als Bewahrer der Anglikanischen Staatskirche, die von Katholiken und dem nonkonformistischen Dissent bedroht wurde. Außenpolitisch schließlich wandten sich die Tories gegen die liberale Utopie eines Weltfriedens durch ungebremsten Freihandel.

Röder zeigt, daß Einstellungen auf den Gebieten Religion und Kirche sowie Außenpolitik im politischen Alltag des betrachteten Zeitraums jedoch nur eine nachgeordnete Rolle spielten. Auf wirtschafts- sowie verfassungspolitischer Ebene äußerten sich die Ansichten der Tories aber deutlich. „Manchester“ als umfassendes Feindbild wurde immer wieder thematisiert und leitete die Ablehnung gegen die Abschaffung der Kornzölle zu Beginn der betrachteten Periode. Als jedoch der befürchtete Untergang in den Folgejahren ausblieb, wurde auch das aufgebaute Feindbild differenzierter betrachtet. Die entscheidenden Impulse gingen dabei von der Parteispitze (insbesondere Derby und Disraeli) aus. 1852 stellte einen bedeutenden Einschnitt dar. In diesem Jahr ließen die Konservativen ihre Forderung nach Protektionismus fallen. Somit wurde auch zugleich eine Entspannung in der Beziehung zu den Ra-

dikalen auf der wirtschaftlichen Ebene eingeleitet. Die *middle classes* bzw. das Schlagwort Manchester bedeutete nicht mehr gleich Demokratie. Auf sozioökonomischer Ebene wurden die Streitigkeiten beigelegt, statt dessen bemühte sich gerade Disraeli um einen Ausgleich zwischen Stadt und Land, es zeigte sich seine Idee der „one nation“. Innerhalb weniger Jahre wurde die *societas civilis* auf die Mittelschichten ausgeweitet, der Eigentumsbegriff galt nicht mehr nur für Land und Boden, sondern wurde auf mobiles Eigentum, auf Arbeit und Bildung, letztendlich auf die Zahlung von Steuern erweitert. Röder wertet dies als Bewahrung der Substanz unter Verzicht auf ein gewisses Maß an Exklusivität. Durch diese Ausweitung des Gesellschaftskonzeptes wurde es den Konservativen auch möglich, die politische Partizipation auszuweiten, wie sie es mit der Wahlrechtsreform 1867 taten. Aus diesem Winkel erscheint das Handeln der Tories und insbesondere ihrer führenden Persönlichkeit Disraeli nicht nur durch rein machtpolitisch motivierten Opportunismus begründet gewesen zu sein, sondern durchaus durch eine Symbiose von Machtstreben und Inhalt. Röder negiert keinesfalls das Bestreben Disraelis, an der Macht zu bleiben, doch er zeigt, daß nicht nur dies, sondern eine „spezifische(n) Ursachenkonstellation“ (380) für die Wahlrechtsreform verantwortlich war: Das defensive Ziel, nämlich die Bewahrung der sozialen und politischen Ordnung, wollten die Konservativen auf dem Weg einer eigenen Wahlrechtsreform erreichen. Die Grundlage dafür bot die inhaltliche Erweiterung der politischen Kultur, den Rahmen bildete das parlamentarische System. Der Impuls schließlich

war für Rödder tatsächlich das Machtstreben.

Rödders Schlüsse erscheinen durchaus plausibel. Eines seiner Ziele – eine umfassendere Antwort auf das Rätsel der Wahlrechtsreform 1867 zu geben, die über die Betonung des reinen Machtstrebens hinausgeht – ist damit erreicht. Fraglich ist, ob seine Vorgehensweise auch dazu in der Lage war, die politische Kultur der Konservativen zwischen 1846 und 1867 erschöpfend darzustellen. Ein Problem ist, daß Rödder von einem recht engen Konzept der politischen Kultur ausgeht. So werden Aspekte wie die Umgangsformen oder die Ideengeschichte nicht oder kaum angesprochen; trotz der Miteinbeziehung von Hinterbänklern in die Untersuchung konzentriert sich die Darstellung auf das Denken der Parteilite. Zudem ist zu kritisieren, daß der Aufbau der Arbeit dazu führt, daß die Ausführungen teilweise äußerst repetitiv wirken. So wird das Menschenbild der Konservativen schon im ersten Kapitel zu *Konservatismus und die englischen Konservativen als Gegenstand der Forschung* beschrieben (52 ff.), im zweiten Kapitel (*Grundlagen des politischen Denkens*) wird es noch etwas ausführlicher dargestellt, diese Ausführungen werden dann auf den Seiten 220ff. noch einmal wiederholt, um die ländlich-aristokratische *societas civilis* darzustellen. Auch an weiteren Stellen, die Seiten 262 ff. und 265 ff. seien hier als Beispiel genannt, kehren abermalig die Grundlagen wieder. Auch wenn dies für das Verständnis einzelner Teile sinnvoll erscheinen mag, wirkt diese Häufung bei einer gesamten Lektüre der Schrift doch etwas ermüdend.

Insgesamt ist jedoch festzuhalten, daß Andreas Rödder mit seiner Habili-

tationsschrift den Wandel im politischen Handeln der Tories zwischen 1846 und 1867 einleuchtend erklärt und damit einen wichtigen Beitrag zur Erforschung des englischen Konservatismus in der Mitte des 19. Jh.s geleistet hat. Die Einbettung seiner Erkenntnisse in einen weiteren europäischen oder einen allgemeineren theoretischen Rahmen bleibt kommenden Arbeiten vorbehalten.

Frauke Hofmeister

**Christian Rak: Krieg, Nation und Konfession. Die Erfahrung des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte; B, 97), Schöningh, Paderborn u. a. 2004, 455 S.**

Christian Rak geht in seiner Tübinger Dissertation den Kriegserfahrungen und -deutungen der im Krieg von 1870/71 eingesetzten rund 350 preußischen, bayerischen und württembergischen Feld- und Lazarettgeistlichen nach. Gegenüber der eingereichten Fassung,<sup>1</sup> für die Rak den Tübinger Dr. Leopold-Lucas-Preis für Nachwuchswissenschaftler entgegennehmen durfte, wird im Titel der Buchveröffentlichung leider nicht deutlich, welche Akteursgruppen er untersucht. Rak stützt sich auf den am Tübinger SFB „Kriegserfahrungen“ entwickelten Erfahrungsbegriff, der den konstruktiven und zeitlichen Aspekt von Erfahrung betont. Erfahrung entsteht und wandelt sich in permanenten sozialen Kommunikationsprozessen zwischen Akteur und Gesellschaft, abhängig von handlungsbestimmenden Deutungskontexten, Deutungsmustern und Deutungsinstanzen.